

# Armut, Unmut und 5.500 Paar Gummistiefel

Nach dem Brexit sind die Unsicherheiten groß, nur in Wales wird demonstriert

**K**eine Traktoren blockieren Londons Straßen, niemand lädt Mist vor 10 Downing Street, der Residenz des Premierministers, ab. Daraus zu schließen, dass britische LandwirtInnen außer dem Unmut über das Wetter keinen Grund zur Klage haben, wäre jedoch gänzlich falsch. Im Gegenteil, als Folge der Agrarpolitik nach dem Brexit sind viele Betriebe in ihrer Existenz gefährdet. Das liegt zum einen an der Struktur der britischen Landwirtschaft: Im hügeligen, regenreichen Westen der britischen Inseln wächst nichts so gut wie Gras. Nur 30 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche, vornehmlich im Südosten Englands und einigen Teilen Schottlands, sind für Ackerbau geeignet. In Deutschland ist das Verhältnis umgekehrt: Etwa 30 Prozent der Fläche sind Weideland. Zum anderen gibt es keine einheitliche Agrarpolitik. Seit der Dezentralisierung 1998 sind drei Landesregierungen für Agrarpolitik zuständig: das Parlament in Schottland und Regionalversammlungen in Wales und Nordirland. Nur für England bestimmt weiter die Zentralregierung in Westminster. Mit dem Austritt aus der EU verloren die britischen Landwirte die Direktzahlungen aus Brüssel, die vor allem bei Grünlandbetrieben in den höher gelegenen Regionen bis zu 90 Prozent des Einkommens ausmachten. Wie damit in den verschiedenen Landesteilen agrarpolitisch umgegangen wird, ist sehr unterschiedlich.

## Abschmelzen

Abwarten heißt die Devise in Schottland, die Agrarförderung bleibt bis 2025 im Wesentlichen unverändert. Zwangsweise abwarten müssen die LandwirtInnen in Nordirland. Erst vor wenigen Wochen konnte in Belfast ein zweijähriges politisches Patt beendet werden. Bis es einen agrarpolitischen Kurs gibt, wird einige Zeit vergehen. Als erste bekamen LandwirtInnen in England die Post-Brexit-Politik zu spüren. Seit 2021 werden die Direktzahlungen gestaffelt durch ELMs, ein dreistufiges Umweltprogramm, ersetzt. An einem Rechenbeispiel lässt sich die Staffelung der Kürzungen verdeutlichen: Bei einem Landwirt, der vor dem Brexit 165.000 Pfund bekam, würden die Kürzungen in vier Stufen vorgenommen: die ersten 30.000 Pfund werden um fünf Prozent gekürzt, die nächsten 20.000 Pfund um zehn Prozent, die nächsten 100.000 Pfund um 20



Gummistiefelprotest vor dem Parlamentsgebäude in Cardiff / Wales

Foto: NFU Cymru

Prozent und die verbleibende Restsumme (über 150.000 Pfund – in diesem Beispiel 15.000 Pfund) würde um 25 Prozent gekürzt. 2024 erhalten die LandwirtInnen nur noch 25 bis 50 Prozent dessen, was sie unter der GAP bekamen, die Zahlungen enden 2027. Besonders hart getroffen werden Grünlandbetriebe in hügeligen Regionen, bei denen die Direktzahlungen zwischen 30 und 60 Prozent des Einkommens ausmachten. Durch die Teilnahme an der Sustainable Farming Initiative (SFI), dem untersten, allen Betrieben zugänglichen Teil von ELMs, können die LandwirtInnen im besten Fall ein Drittel der Kürzungen ausgleichen. Im Herbst 2023 fasste das Landwirtschaftsministerium auf 150 Seiten zusammen, welche Umweltmaßnahmen in Zukunft wie honoriert würden. Nach heftiger Kritik der Bauernverbände wurden 50 weitere Maßnahmen hinzugefügt und die Zahlungsstruktur verändert: Für manches gibt es mehr Geld, für anderes weniger. Die meisten LandwirtInnen werden die Hilfe von Agronomen benötigen, um Kriterien und Kombinationsmöglichkeiten unter SFI mit existierenden Programmen zu vergleichen. Was ist sinnvoller, die zweijährige Hülsenfruchtbrache AB15 im „Countryside Stewardship“-Programm oder das zeitlich flexible NUM3 unter SFI? Diese Frage warf kürzlich die Agrarzeitung Farmers Weekly auf. Bei beiden Programmen gibt es 593 Pfund pro Hektar. Der Haken bei NUM3 sei, dass die Saatgutmischung mindestens sechs Spezies wie Klee enthalten müsse, die „im späten Frühjahr blühen“ müssten. Es sei unklar, was

unter „spätem Frühjahr“ zu verstehen sei. Vermutlich sei Ende Mai gemeint, womit NUM3 aufgrund der Wetterbedingungen für Landwirte in Nordengland keine Option sei.

## Verunsicherung

Die Tageszeitung The Guardian berichtete im Februar, das Landwirtschaftsministerium habe die Veröffentlichung der eigenen Analyse über die Auswirkungen des Brexit auf Betriebe in Bergregionen unterbunden, weil die finanziellen Konsequenzen so verheerend seien, dass den meisten LandwirtInnen nur eine Option bliebe, nämlich die Hofaufgabe. Noch wollen in England die meisten abwarten, bislang haben nur zehn Prozent der LandwirtInnen die Teilnahme an SFI-Maßnahmen beantragt. Vielleicht wird das Ministerium finanziell nochmals nachbessern. Solange diese Chance besteht, wird es kaum Proteste geben – schließlich geht es um Steuergelder und noch ist die öffentliche Meinung auf Seiten der Landwirte, durch Demonstrationen könnte sich das schnell ändern. In Gesprächen mit LandwirtInnen wird klar, wie verunsichert sie sind, wie groß bei vielen schon jetzt die finanzielle Not ist. Die Gefühle von Scham, Verzweiflung und Einsamkeit, die BäuerInnen bei dem Gedanken empfinden, dass sie vielleicht einen Hof verlieren werden, der über Generationen im Familienbesitz war, lässt sich nur erahnen. Einen Hinweis geben die Zahlen einer Freiwilligenorganisation, die ein Krisentelefon für LandwirtInnen betreibt: In den ersten zehn Wochen dieses Jahres nahm die Zahl der Anrufe gegenüber dem

Jahresbeginn 2023 um 45 Prozent zu. Anders als in England kam die Krise für walisische LandwirtInnen nicht schleichend, sondern mit einem Schlag, als die walisische Regierung im Dezember 2023 die Nachhaltigkeitspläne veröffentlichte. Einen garantierten Grundbetrag soll bekommen, wer sein Land nachhaltig bewirtschaftet und nachweisen kann, dass auf zehn Prozent der Fläche Bäume wachsen und weitere zehn Prozent Habitat für Wildtiere und Pflanzen sind. Die gleichzeitig von der Regierung in Auftrag gegebene Folgenabschätzung besagt, dass die Umsetzung zu einer dramatischen Reduzierung des Viehbestands führen würde: „Verschwinden“ müssten 122.000 Rinder (von derzeit 1,12 Millionen) oder 800.000 Schafe (von insgesamt 11 Millionen). Damit gingen gleichzeitig 5.522 Arbeitsplätze oder elf Prozent aller Jobs in Wales verloren. Nicht nur die LandwirtInnen in Wales sind fassungslos und wütend. Man befindet sich in der Konsultationsphase, heißt es von Seiten der walisischen Regierung, aber das beruhigt niemanden. Bei einer Reihe von Großdemonstrationen haben Tausende in den letzten Wochen ihrem Ärger in der Landeshauptstadt Cardiff lautstark Luft gemacht. Den vielleicht eindrucksvollsten Protest organisierte der walisische Bauernverband am 6. März: Mitglieder stellten 5.500 Paar Gummistiefel vor dem Parlamentsgebäude auf – jedes Paar symbolisiert einen der Arbeitsplätze, die verloren gehen werden, wenn es bei den Plänen bleibt.

Marianne Landzettel,  
freie Journalistin